

## **Pressemitteilung – Sperrfrist 8.11.2017, 11 Uhr**

Wiesbaden, 8. November 2017

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung überreicht heute sein Jahregutachten 2017/18 an die Bundeskanzlerin. Es trägt den Titel:

### **Für eine zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik**

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem kräftigen Aufschwung. Der Sachverständigenrat rechnet mit Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,0 % im Jahr 2017 und 2,2 % im Jahr 2018. Das Wachstum ist somit höher als das Potenzialwachstum von 1,4 %. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Überauslastung. Für den Euro-Raum wird ein Wachstum des BIP von 2,3 % im Jahr 2017 und 2,1 % im Jahr 2018 prognostiziert.

*„Die gute konjunkturelle Lage bietet beste Chancen für eine Neujustierung der Wirtschaftspolitik, um Deutschland auf zukünftige Herausforderungen vorzubereiten“,* sagt der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Christoph M. Schmidt.

### **Neujustierung für mehr Nachhaltigkeit**

Der deutliche Haushaltsüberschuss eröffnet Spielräume für wachstumsfreundliche Reformen. Mit einer Tarifreform der Einkommensteuer sollten Mehreinnahmen aus der Kalten Progression zurückgegeben werden, abgestimmt mit einer allmählichen Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung kann um bis zu 0,5 Prozentpunkte gesenkt werden. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte zur Sicherstellung der Tragfähigkeit sollte weiterhin hohe Priorität besitzen.

Um das Arbeitskräftepotenzial zu erhöhen und einem Fachkräfteengpass entgegenzuwirken, sollten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Möglichkeiten zur Erwerbsmigration für beruflich qualifizierte Fachkräfte verbessert werden. Die Arbeitnehmer sollten durch Bildung und Weiterbildung für die digitale Arbeitswelt und den Strukturwandel besser befähigt werden. Eine Digitalisierungskommission sollte innovationshemmende Regulierungen auf den Prüfstand stellen und Reformbedarf identifizieren.

Um die Treibhausgasemissionen effektiv zu senken, sollte ein einheitlicher CO<sub>2</sub>-Preis die Sektoren Strom, Verkehr und Wärme gleichermaßen zur Emissionsvermeidung heranziehen. Die Bundesregierung sollte darauf hinwirken, den europäischen Zertifikatehandel auszubauen und alle Emittenten und Sektoren des Endenergieverbrauchs einzubeziehen.

### **Geldpolitische Wende, Stabilität für den Euro-Raum**

Mit der jüngsten Verlängerung des Anleihekaufprogramms der EZB nimmt der Expansionsgrad der Geldpolitik weiter zu. Angesichts der höheren Wachstums- und Inflationsraten bei steigenden Risiken für die Finanzstabilität sollte die EZB eine Strategie für die geldpolitische Normalisierung veröffentlichen und die Anleihekäufe früher beenden. Zu-

dem sollte der EZB-Rat seine Forward-Guidance-Kommunikation ausbauen, um die Erwartungsbildung zu erleichtern und die Wirksamkeit der Geldpolitik zu erhöhen.

Zur Stärkung der Architektur der Europäischen Währungsunion könnte das komplexe fiskalische Regelwerk auf zwei Regeln vereinfacht werden: eine Ausgabenregel als jährliches und eine strukturelle Defizitregel als mittelfristiges Ziel. Eine Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus darf ihn auf keinen Fall in einen Transfermechanismus verwandeln. Vielmehr sollte er im Rahmen eines Mandats zur Krisenprävention eine Überwachungsfunktion wahrnehmen. Die Schaffung einer Fiskalkapazität im Euro-Raum oder einer europäischen Arbeitslosenversicherung ist nicht erforderlich.

Wesentlich ist zudem die Vervollständigung der Banken- und Kapitalmarktunion. Eine weitere Risikoteilung ist erst nach einer Risikoreduktion in Betracht zu ziehen. Hierzu muss der Abbau der notleidenden Bankkredite weiter rasch vorangetrieben werden. Lücken im europäischen Abwicklungsregime müssen geschlossen werden, sodass eine Verlustbeteiligung von nach- und vorrangigen Gläubigern nicht umgangen werden kann.

Die Globalisierung hat weltweit zu großen Effizienz- und Wohlfahrtssteigerungen geführt. Die neue Bundesregierung sollte daher Rufen nach protektionistischen Maßnahmen entschieden entgegnetreten. Dazu sollten das multilaterale Handelssystem gestärkt und weitere Freihandelsabkommen abgeschlossen werden.

#### Wirtschaftliche Eckdaten für Deutschland

	Einheit	2015	2016	2017 <sup>1</sup>	2018 <sup>1</sup>
Bruttoinlandsprodukt <sup>2,3</sup>	%	1,7	1,9	2,0	2,2
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner <sup>2,3,4</sup>	%	0,9	1,0	1,4	1,8
Leistungsbilanzsaldo <sup>5</sup>	%	8,5	8,3	7,7	7,6
Erwerbstätige	Tausend	43 069	43 638	44 298	44 810
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>6</sup>	Tausend	30 822	31 485	32 183	32 732
Registriert Arbeitslose <sup>6</sup>	Tausend	2 795	2 691	2 561	2 473
Arbeitslosenquote <sup>6,7</sup>	%	6,4	6,1	5,8	5,5
Verbraucherpreise <sup>3</sup>	%	0,3	0,5	1,7	1,8
Finanzierungssaldo des Staates <sup>8</sup>	%	0,6	0,8	1,0	1,1

1 - Prognose des Sachverständigenrates. 2 - Preisbereinigt. 3 - Veränderung zum Vorjahr. 4 - Eigene Berechnungen. 5 - In Relation zum nominalen BIP. 6 - Quelle für die Jahre 2015 und 2016: Bundesagentur für Arbeit (BA). 7 - Registriert Arbeitslose in Relation zu allen zivilen Erwerbspersonen. 8 - Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; in Relation zum nominalen BIP.

\* \* \*

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist ein unabhängiges Gremium der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung. Er besteht aus fünf Mitgliedern, derzeit Prof. Dr. Christoph M. Schmidt (Vorsitzender), Prof. Dr. Peter Bofinger, Prof. Dr. Lars P. Feld, Prof. Dr. Isabel Schnabel, Prof. Volker Wieland, Ph.D.

Das aktuelle Jahresgutachten finden Sie unter: [www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de)

Ansprechpartnerin: Dr. Jeanne Diesteldorf, Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,  
Tel. 0611/75-4694, Email: [jeanne.diesteldorf@svr-wirtschaft.de](mailto:jeanne.diesteldorf@svr-wirtschaft.de)